



Roderick Kefferpütz

## Klimapolitik mit China geopolitisch denken

Die Erderhitzung ist eine globale Herausforderung. Treibhausgasemissionen machen schließlich nicht an Ländergrenzen halt. Damit gibt es ein gemeinsames globales Interesse am Klimaschutz. Internationale Zusammenarbeit ist unabdingbar, um den Klimawandel in Schach zu halten. Oftmals wird deswegen behauptet, die internationale Kooperation beim Klimaschutz könne von anderen politischen Konflikten ausgeklammert werden. Aber dem ist nicht so, denn die Welt befindet sich auf dem Weg einer geopolitischen Neuordnung. Die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik China stehen längst in einem hegemonialen Systemwettbewerb, der alle Bereiche durchdringt. Die Europäische Union im Allgemeinen, und Deutschland und Frankreich im Speziellen, müssen daher gegenüber China eine Klimapolitik verfolgen, die auch geopolitisch denkt. Denn China tut dies längst. Die Pandemie hat diese Lage nicht einfacher gemacht. Während Peking mit wirtschaftlichen Wachstumszahlen prahlt, stottert die Wirtschaft in Europa. Eine starke Wirtschaft ist aber eine Grundvoraussetzung, um die Grüne Transformation voranzubringen und damit das Klima zu schützen.

### Chinas Griff nach den klima-industriellen Wertschöpfungsketten

Klimaschutz bedeutet für Peking, die grünen Technologien der Zukunft zu dominieren. Diese sind ein wichtiger Teil der »Made in China 2025«-Strategie, welche das Ziel der chinesischen Technologieführerschaft verfolgt – und das nicht ohne Erfolg. Das Reich der Mitte produziert knapp drei Viertel der weltweiten Photovoltaik-Module, kontrolliert mehr als ein Drittel des weltweiten Markts für Windturbinen und ist Weltmarktführer bei der Batterieproduktion

für Elektroautos. Diese Märkte, die im Rahmen klimapolitischer Anstrengungen weiter an Relevanz gewinnen werden, sind Wohlstandstreiber der Zukunft. Wenn Europa sich ihnen nicht widmet, wird es wirtschaftlich gegenüber China schlechte Karten haben und Absatzmärkte verlieren – die insolvente europäische Solarbranche lässt grüßen. Der deutschen Windbranche droht ein ähnliches Szenario, sie hat inzwischen das zweitschlechteste Jahr ihrer Geschichte hinter sich. So könnte sich China als großer wirtschaftlicher Gewinner der Energiewende erweisen. Es geht um nichts weniger als die Frage: Wer übernimmt die Führungsposition im ökologisch-industriellen Zeitalter? Peking ist entschlossen, dies zu tun.

Zudem schafft eine klimatechnologische Führungsrolle Chinas auch neue wirtschaftliche Abhängigkeiten. So ist die Batteriezelle die Achillesferse der deutschen Autoindustrie. China beabsichtigt in den Klima-Branchen auch internationale Standards und Normen zu setzen. Wenn sich diese verfestigen, könnte das den Zugang europäischer Unternehmen erschweren. Schon Werner von Siemens hatte davor gewarnt: »Wem die Standards gehören, dem gehört der Markt.«

Letztendlich geht es um einen Wettbewerb der unterschiedlichen politischen und ökonomischen Systeme. Der Kampf gegen den Klimawandel ist auch ein Wettbewerb zwischen liberaler Demokratie mitsamt der sozialen Marktwirtschaft einerseits und Autokratie mitsamt Staatskapitalismus andererseits, sowie ein Wettlauf, welches System die Transformationsprozesse schneller, effizienter und erfolgreicher gestalten kann.

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 7, 21. April 2021

### Klimaschutz birgt Konfliktpotenzial

Der Wettbewerb mit China um die Klimatechnologien wird auch die Konkurrenz um kritische Rohstoffe verschärfen. Die Nachfrage nach Ressourcen wie Kobalt, Lithium und seltenen Erden wird rasant wachsen. China verfolgt eine harte Außenwirtschaftspolitik und kauft sich in zahlreichen ausländischen Minen ein. Zudem kontrolliert das Land viele wichtige Rohstoffe, wie seltene Erden, selbst. Zahlreiche Länder sind von chinesischen Ressourcen abhängig, und Peking ist nicht abgeneigt, diesen Rohstoffhebel geopolitisch einzusetzen. In einem diplomatischen Konflikt 2010 mit Japan um die umstrittenen Diaoyu/Senkaku-Inseln machte Peking von diesem Machtinstrument Gebrauch und verhängte ein Exportverbot. Mit der Klimapolitik sind Handelsstreitigkeiten vorprogrammiert. Dies gilt insbesondere für den geplanten europäischen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus, wonach ausländische Unternehmen, die ihre Waren in die EU liefern, eine Abgabe zahlen müssen, die sich am CO<sub>2</sub>-Gehalt des Produkts orientiert. Peking hat sich bereits deutlich gegen diese Maßnahme ausgesprochen.

### Chinas zwiespältige Klimapolitik

Geopolitisch nutzt China seine klimapolitischen Vorstöße auch, um internationale Anerkennung und Attraktivität zu gewinnen. So machte im letzten Jahr Xi Jinpings Ankündigung vor der UN-Generalversammlung, China wolle bis 2060 Klimaneutralität erreichen, große Schlagzeilen. Vor allem die EU war stolz darauf, da sie Peking einige Zeit zuvor ein solches Ziel empfohlen hatte. Xis Ansage war aber nicht nur ein klimapolitischer Paukenschlag, sondern auch ein geopolitischer Schachzug. Sie erlaubte China, die kritische Berichterstattung über Hongkong zu überschatten. Sie war auch ein Signal an die internationale Staatengemeinschaft, dass China eine internationale Führungsrolle einnehmen will, unabhängig davon, ob eine neue Biden-Regierung die klimapolitische Kehrtwende der USA einleitet oder nicht.

Leider weicht die Realität stark von den angekündigten Plänen ab. Peking ernennt sich zwar zum obersten Klimakämpfer, baut aber zugleich die Hälfte der weltweit geplanten Kohlekraftwerke in seinem Land.

Auch das coronabedingte chinesische Konjunkturprogramm hat in Sachen Nachhaltigkeit bisher wenig geboten. Vor allem außerhalb der eigenen Landesgrenzen wird eine fossile Politik verfolgt. Die Belt-and-Road-Initiative – eine Infrastrukturoffensive Pekings mit über 60 weiteren Ländern, vor allem in Afrika – ist klimapolitisch nahezu blind. 70 Prozent aller Kohlekraftwerke außerhalb Chinas werden von chinesischen Banken finanziert. Und in der von Peking dominierten Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) fließen mehr als die Hälfte aller Investitionen im Energiesektor in fossile Energieträger.

### Eine realpolitische Klimapolitik gegenüber Peking

China ist und bleibt ein wichtiger Akteur im Kampf gegen den Klimawandel, das steht außer Zweifel. Andererseits bleibt der systemische Wettbewerb, der die gegenwärtige Weltordnung prägt, weiterhin bestehen. Denn China nutzt seine klimapolitischen Anstrengungen für hegemoniale Zwecke – sei es, um wirtschaftliche und technologische Führung zu übernehmen, um Abhängigkeiten zu schaffen oder um internationalen Einfluss zu sichern.

Das bedeutet, dass auch Deutschland und Frankreich im Rahmen der EU sich dieser Herausforderung stellen müssen. Die Europäische Kommission hat sich als »geopolitische Kommission« bezeichnet. Sie sollte diesen Anspruch ernstnehmen und auch Klimapolitik und ihr Flaggschiffprojekt, den Green Deal, geopolitisch betrachten. Leider scheint eine Silo-Mentalität allgegenwärtig – Geopolitik und der europäische Green Deal werden isoliert voneinander verfolgt. In einer geopolitischen Welt muss der Green Deal aber auch geopolitisiert werden. Die Bereiche Sicherheit und Wirtschaft sind zunehmend miteinander verbunden. Die Kommission muss verstehen, welche geopolitischen Chancen und Risiken der Green Deal enthält.

Dafür braucht es eine klare Agenda gegenüber China, die Bereiche definiert, in denen klimapolitische Zusammenarbeit stattfindet, und solche, die von klimapolitischem Wettbewerb geprägt sind. Auch das geplante Investitionsabkommen mit China (CAI) sollte dahingehend analysiert werden. So öffnet das Abkommen beispielsweise den europäischen Markt für erneuerbare

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 7, 21. April 2021

Energien, während europäische Unternehmen Schwierigkeiten haben, den chinesischen Energiemarkt mit seinen Staatsunternehmen zu durchdringen.

Zum Wettbewerb gehört sicherlich das technologische Wettrennen. Deutschland und Frankreich sollten ihre Bemühungen bei grünen Technologien intensivieren, zum Beispiel in den Bereichen der Wasserstoffwirtschaft, des Recyclings und der Substitution von kritischen Rohstoffen.

Beide Länder könnten sich im Rahmen einer geopolitischen Klimapolitik gut ergänzen. So hat Frankreich eine starke strategische Kultur, pflegt Netzwerke in Afrika und Asien, und französische Banken kennen sich auf diesen Kontinenten gut aus. Deutschland wiederum ist ein Hochtechnologiestandort, verfügt über ein starkes industrielles Netzwerk und den größten Finanzplatz der EU. Auf dieser Basis könnte das deutsch-französische Tandem auf drei Feldern Pflöcke einschlagen.

Erstens könnten Paris und Berlin Rohstoff- und Klimapartnerschaften mit ressourcenreichen Ländern etablieren. Deutschland und die EU haben mit einigen Ländern bereits Rohstoffpartnerschaften vereinbart. Frankreich kann auf diesem Feld wiederum die zuvor genannten exzellenten Netzwerke in Afrika nutzen. Die Idee könnte sein, dieses Instrument zu erweitern und Ländern mit Energiewende-kritischen Rohstoffen im Gegenzug zu den Ressourcen Klimatechnologien, Finanzierung und Unterstützung anzubieten.

Zweitens könnte der Bereich der nachhaltigen Finanzmärkte ein erfolversprechendes Gebiet der Zusammenarbeit mit China sein. Deutschland punktet mit Frankfurt als europäisches Finanzmarktzentrum, Frankreich ist ein Vorreiter in Sachen nachhaltiger Finanzmärkte. So hat Frankreich als erstes Land weltweit in seinem Energiewendegesetz börsennotierte Unternehmen und institutionelle Investoren dazu verpflichtet, ihre Klimarisiken offenzulegen. Auch China hat großes Interesse an dem Thema. Anders als bei Industriestandards, die Peking in Konkurrenz zum Westen entwickelt, um die Märkte der Welt zu dominieren, möchte es sich auf diesem Feld mit den globalen Finanzzentren vernetzen, um von einer größeren Liquidität zu profitieren. Dementsprechend sucht China

die internationale Zusammenarbeit und hatte vor einigen Jahren vorgeschlagen, das Thema in einer G20-Arbeitsgruppe zu bearbeiten. Damals scheiterte der Vorstoß maßgeblich an der deutschen Bundesregierung. Diese Zeiten sind nun vorbei und auch die Bundesregierung sieht mittlerweile die Relevanz des Themas. Die EU und China könnten gemeinsam Kriterien für nachhaltige Finanzprodukte entwickeln und nachhaltige Finanzmärkte fördern.

Drittens sollten Deutschland und Frankreich ihre Mitgliedschaft in der AIIB nutzen, um dafür zu sorgen, dass die Finanzierung fossiler Energieprojekte zurückgeht. Auch die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie, maßgeblich eine europäische Infrastrukturinitiative für den asiatischen Kontinent, sollte eine klimapolitische Dimension erhalten und den Ländern, denen China mit seiner Belt-and-Road-Initiative ein Angebot macht, eine Alternative bieten.

Klimapolitik ist kein weiches Win-Win-Terrain. Es ist ein Bereich, der Gewinner und Verlierer hervorbringen wird. Die EU muss um ihren Platz in der neuen ökologischen Weltordnung kämpfen und sollte daher auch geopolitische Aspekte in ihre Klimapolitik und in den europäischen Green Deal einbeziehen. Deutschland und Frankreich ergänzen sich mit ihren Stärken diesbezüglich sehr gut und können einen Beitrag leisten, die EU auf den richtigen Weg zu bringen und auch Drittländer für die europäische Klimapolitik zu gewinnen. Das ist vor allem notwendig, um einen globalen Green Deal voranzutreiben. Denn wer die unterschiedlichen geopolitischen Interessen verschiedener Staaten – von ölproduzierenden Ländern bis zu bedrohten Inselstaaten – nicht wahrnimmt, wird sie auch nicht für diese Jahrhundertaufgabe gewinnen.

## Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU

N° 7, 21. April 2021

### Der Autor

Roderick Kefferpütz ist Senior Analyst beim Mercator Institute for China Studies (MERICS) und forscht zu den Bereichen Geo-Ökonomie und EU-China Beziehungen. Darüber hinaus leitet er das MERICS Lab, welches neue Impulse für innovative Think Tank Arbeit setzt. Davor war er stellvertretender Leiter des Strategiereferats im baden-württembergischen Staatsministerium. Zuvor arbeitete er zehn Jahre in Brüssel, zuletzt als Büroleiter von MdEP Reinhard Bütikofer, dem Vorsitzenden der China-Delegation des Europäischen Parlaments. Roderick Kefferpütz ist Vorstandsmitglied des Green European Journal.

### Die Publikationsreihe

Die Publikationsreihe »Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU« ist ein Projekt der Stiftung Genshagen und des Institut Montaigne im Rahmen des [Genshagener Forums für deutsch-französischen Dialog](#). Vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise und der europäischen Konjunkturprogramme soll ein hochrangiger deutsch-französischer Dialog zu zentralen Herausforderungen des Green Deals gefördert und Empfehlungen zu damit verbundenen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Themen entwickelt werden. Die Reihe erteilt führenden französischen und deutschen Expertinnen und Experten das Wort, um ein nachhaltiges und widerstandsfähiges Zukunftsmodell der Europäischen Union zu skizzieren und ihre Handlungsfähigkeit als Akteur dieser ökologischen Transformation zu beleuchten.

#ForumGenshagen



**GENSHAGENER FORUM**

Für deutsch-französischen Dialog

**FORUM DE GENSHAGEN**

Pour le dialogue franco-allemand

### Bisherige Publikationen

[N° 1: Interview mit Patrizia Nanz und Sébastien Treyer: Wege zu einer nachhaltigen Transformation: nicht nur top-down, sondern auch bottom-up](#)

[N° 2: Interview mit Yann Le Lann und Sabrina Zajak: »Fight Every Crisis«? Die Klimabewegung im Krisenmodus](#)

[N° 3: Interview mit Wolfgang Lemb und Philippe Portier: Strukturbrüche verhindern, Strukturwandel gestalten – neue Chancen für die Just Transition](#)

[N° 4: Barbara Praetorius: Eine mutige Klima-Industriepolitik als Schlüssel für den zukunftsfähigen Standort Europa](#)

[N° 5: Christian Gollier: Ein einheitlicher europäischer CO<sub>2</sub>-Preis als Schlüssel für die Transformation der Wirtschaft](#)

[N° 6: Camilla Bausch: Europäischen Klimaschutz global einbetten: Grenzausgleichsmaßnahmen als Chance und Herausforderung](#)

### Herausgeber

Stiftung Genshagen  
Am Schloss 1  
D-14974 Genshagen  
institut@stiftung-genshagen.de

### Layout

mor-design.de

### Redaktion

Stiftung Genshagen: Marie Augère, Elisabeth Hoffmann, Thomas Goujat-Gouttequillet und Juliette Guillot  
Institut Montaigne: Alexandre Robinet-Borgomano und Anuchika Stanislaus

Die Stiftung Genshagen ist stets darum bemüht, auf eine gendergerechte Schreibweise zu achten. Um den Lesefluss nicht zu stören, wird bei Aufzählungen oder Aneinanderreihungen von Begriffen davon ausgegangen, dass das generische Maskulinum im geschlechtsneutralen Sinne verwendet wird.

Diese Publikationsreihe gibt ausschließlich die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2021

### Institut Montaigne

Das Institut Montaigne, gegründet im Jahr 2000 als unabhängiger Think-tank, ist eine Plattform für Reflektionen, Vorschläge und Experimente, die sich mit der staatlichen Politik in Frankreich und Europa beschäftigt. Durch seine Veröffentlichungen und die von ihm organisierten Veranstaltungen nimmt das Institut Montaigne eine aktive Rolle in der französischen und europäischen demokratischen Debatte wahr.

INSTITUT  
MONTAIGNE



www.institutmontaigne.org  
@i\_montaigne  
@institutmontaigne

### Stiftung Genshagen

Die Stiftung Genshagen ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Stifter sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Land Brandenburg. Die Stiftung ist eine Plattform des Austauschs zwischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft. Sie fördert den Dialog zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Sinne des »Weimarer Dreiecks«.

 **Stiftung Genshagen**

www.stiftung-genshagen.de  
@SGenshagen  
@StiftungGenshagen  
@stiftunggenshagen

Die vorliegende Publikationsreihe erscheint mit freundlicher Unterstützung von:



Unsere Stifter:

